

Antrag 163/II/2025 Jusos LDK
Tierschutz statt Kürzungspolitik – Berlin muss seine Tierheime retten!

Beschluss:

Das Tierheim Berlin ist das größte Tierheim Europas und versorgt täglich rund 1.300 Tiere. Dabei übernimmt es wichtige kommunale Aufgaben, steht aber finanziell am Abgrund. Diese Situation schadet den Tieren und zeigt ein politisches Versagen, das wir nicht länger dulden können.

Die Überbelegung ist dramatisch: 294 Hunde in nur 260 Zwingern, 630 Katzen in 370 Boxen. Das Land Berlin zahlt nur drei Millionen Euro der jährlichen Kosten, wodurch nur 180 Tage Pflege pro Tier übernommen werden können - den Rest muss das Tierheim durch Spenden ausgleichen.

Verschärft wird die Lage durch die Kürzungen des Senats im Sommer 2024. Bildungsangebote wurden gestrichen, Tierschutzorganisationen, wie die Eichhörnchen- und Waschbärenhilfe bekommen kein Geld mehr. Gleichzeitig sorgt der Haustierboom während Corona für anhaltend volle Tierheime. Unüberlegt wurden während der Pandemie Tiere gekauft, und bei den ersten Herausforderungen ausgesetzt. Das Tierheim Berlin musste schon einmal die Notbremse ziehen, und ein Aufnahmestopp verhängen.

Der Deutsche Tierschutzbund warnt: „Wenn die Tierheime nicht bald Hilfe bekommen, wird der praktische Tierschutz nicht mehr existieren“. Über 96 Prozent der Tierschutzvereine müssen für öffentliche Aufgaben aus der eigenen Tasche zahlen.

Die Lösung ist einfach: Eine Tierheimpauschale von zwei Euro pro Jahr für jede*n Berliner*in, die vom Land Berlin aus dem Landeshaushalt bezahlt wird. Das sind keine 17 Cent im Monat und würde dem Tierheim jährlich 7,74 Millionen Euro einbringen.

Tierschutz steht als Staatsziel im Grundgesetz, wir dürfen nicht zulassen, dass das größte Tierheim Europas wegen politischer Untätigkeit zusammenbricht.

Deshalb fordern wir:

- Eine gesetzlich verankerte Tierheimpauschale von zwei Euro pro Jahr und pro Berliner*in, die das Land Berlin aus dem Landeshaushalt an das Tierheim Berlin bezahlt.
- Die Jährliche Anpassung dieser Pauschale an Inflation und steigende Kosten.
- Die Wiederaufnahme der Finanzierung für die Bildungsprogramme des Tierheims und die Förderung weiterer Aufklärungskampagnen, beispielsweise gegen unüberlegte Haustierkäufe.
- Einen Notfallfonds von 500.000 Euro für das Tierheim, um kurzfristig auf Krisen und Überlastung reagieren zu können.
- Förderprogramme für Ehrenamtliche im Tierschutz.
- Jährliche Berichte des Senats zur Lage der Tierheime.
- Ein städtisches Förderprogramm für Tiertafeln, damit die Versorgung von Haustieren dauerhaft sichergestellt werden kann.

Überweisen an

AGH-Fraktion+Senat